

Arbeitnehmerverband fordert mehr Lohn für alle

Lohnverhandlungen Die Gewerkschaft LANV fordert für 2018 eine Lohnerhöhung zwischen einem und zwei Prozent und kritisiert die Lohnpolitik der Regierung.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

«Die Wirtschaft in Liechtenstein brummt. Steigende Exporte, gute und weiter wachsende Auftragslagen, positive Stimmung – so sehen 98 Prozent der befragten Unternehmen die Geschäftslage als positiv oder zumindestens befriedigend», schreibt Sigi Langenbahn, Geschäftsführer des Liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverband (LANV). Beim Arbeitmarktservice seien so viele offene Stellen wie noch nie gemeldet und die Wirtschaft profitiere vom erstarnten Euro und einem stabilen Frankenkurs. «Vieles deutet daraufhin, dass sich die Konjunkturlage in nächster Zukunft weiter verbessern wird», so Langenbahn weiter. Nach Jahren der Sparmassnahmen, Prämien-erhöhungen und wachsendem Druck am Arbeitsplatz seien generelle Lohnerhöhungen notwendig. Aus diesem Grund fordert die Gewerkschaft für 2018 je

nach Branche eine Lohnerhöhung zwischen einem und zwei Prozent. Nebst der Lohnerhöhung steigt der LANV aber noch mit weiteren Forderungen in die anstehenden Lohnverhandlungen ein. «Beiden Mindestlöhnen darf die unterste Lohnstufe 3250 Franken bei 13 Monatslöhnen nicht mehr unterschreiten», so der LANV-Verhandlungsleiter Langenbahn. Zudem soll auch fünf Wochen Ferien ab dem 50. Altersjahr in allen Branchen erreicht werden. Die Gewerkschaft appelliert auch an alle Unternehmen, weitere Massnahmen gegen die «unerklärbaren und somit diskriminierenden Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen» zu setzen.

Regierungsentscheid «zeugt nicht von Anerkennung»

Sigi Langenbahn begrüsst zwar die Entscheidung der Regierung, nach Jahren mit Nulllohn runden auch für die Angestellten der Landesverwaltung eine Lohnerhö-

hung von einem Prozent beim Landtag zu beantragen. «Enttäuschend ist hingegen die Argumentation, es werden nur «Leistungsträger» profitieren, da generelle Lohnerhöhungen nicht zielführend seien. Nach langen Zeiten stagnierender Löhne und steigender Kosten nur «Leistungsträger» belohnen zu wollen, zeugt nicht von Anerkennung und kann kaum motivierend wirken», schreibt der LANV-Geschäftsführer.

Personalvertretung zeigt sich «irritiert»

Der Personalverband öffentlicher Verwaltungen Liechtensteins (PVL) zeigte sich in einer Stellungnahme irritiert, da der LANV das Gespräch vor der Medienmitteilung mit ihnen nicht gesucht habe. «Durch diese Aktion des LANV sehen wir die geplante Lohnerhöhung aller Mitarbeiter im öffentlichen Dienst gefährdet und dies können wir nicht gutheissen.» Man begrüsst

se die Entscheidung der Regierung ausdrücklich. Die Personalvertretung der Landesverwaltung ist zudem der Meinung, dass auch im öffentlichen Dienst – wie auch in der Privatwirtschaft – die Vorgesetzten über allfällige Lohnerhöhungen entscheiden sollen.

Wirtschaftskammer und LIHK noch zurückhaltend

Die Arbeitgebervertreter zeigen sich noch zurückhaltend. Sowohl bei der Wirtschaftskammer, wie auch bei der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK) weist man daraufhin, dass die Lohnverhandlungen erst beginnen. Beide Vereinigungen gehen aber davon aus, dass die Vereinbarungen sehr unterschiedlich ausfallen werden. Die Untergrenze von 3250 Franken pro Monat gelte zudem bei den LIHK-Mitgliedern schon heute. Eine generelle Lohnerhöhung sieht man derzeit eher nicht, da es nicht in allen Branchen «brumme».